Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie nach § 63 Abs. 2a EnWG zur Wirksamkeit und Notwendigkeit der Maßnahmen nach den §§ 13 Abs. 1a und 1b, 13a-c und 16 Abs. 2a EnWG
Impressum

Herausgeber
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwi.de

Gestaltung und Produktion
PRpetuum GmbH, München

Stand
Juli 2014


Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ist mit dem audit berufundfamilie® für seine familienfreundliche Personalpolitik ausgezeichnet worden. Das Zertifikat wird von der berufundfamilie gGmbH, einer Initiative der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verliehen.
Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie nach § 63 Abs. 2a EnWG zur Wirksamkeit und Notwendigkeit der Maßnahmen nach den §§ 13 Abs. 1a und 1b, 13a-c und 16 Abs. 2a EnWG
Zusammenfassung

Die Regelungen der §§ 13 Abs. 1a und 1b, 13a-c, 16 Abs. 2a EnWG sowie die ResKV haben sich in der Praxis grundsätzlich bewährt. Von den Akteuren vorgebrachte Änderungsvorschläge betreffen lediglich Optimierungen des noch neuen Verfahrens, ohne die Regelungen grundsätzlich in Frage zu stellen.

Inhalt

1. Einleitung ................................................. 4

2. Hintergrund ............................................. 5
   2.1 Regelungsbedarf .................................. 5
   2.2 Regelungsumfang ................................ 5

3. Wirksamkeit der Maßnahmen .................... 7
   3.1 Bindung von Reservekraftwerken .......... 7
      3.1.1 Gesetzliche Regelungen ................. 7
      3.1.2 Reservekraftwerksverordnung ......... 7
   3.2 Systemrelevante Gaskraftwerke .......... 7

4. Notwendigkeit der Regelungen .................. 9
   4.1 Bindung von Reservekraftwerken .......... 9
   4.2 Systemrelevante Gaskraftwerke .......... 10

5. Weiterentwicklung der Regelungen ............ 12
   5.1 Befristung ........................................ 12
   5.2 Gesetzliche Regelungen ..................... 12
      5.2.1 „Fahren auf Verschleiß“ ............... 12
      5.2.2 Anwendung von §§ 13a und 13c EnWG auf Verteilernetzbetreiber 12
      5.2.3 Ausweisung der Systemrelevanz flexibilisieren .......... 12
   5.3 Reservekraftwerksverordnung .............. 13
      5.3.1 Betrachtungshorizont der Systemanalysen 13
      5.3.2 Verfahren Bedarfsfeststellung .......... 13
      5.3.3 Vertragslaufzeiten ...................... 13
      5.3.4 Neubaubedarf erst nach dem Interessenbekundungsverfahren bestimmen 13
   5.4 Ausblick ........................................... 14

6. Quellenverzeichnis .................................... 15
1. Einleitung

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) führt gemäß § 63 Abs. 2a EnWG eine Evaluierung über die Wirksamkeit und Notwendigkeit von Maßnahmen nach § 13 Absatz 1a und 1b, den §§ 13a bis 13c und 16 Absatz 2a durch. Der entsprechende Bericht ist alle zwei Jahre zu erstellen und zu veröffentlichen, erstmals in 2014.


Im Mittelpunkt des Berichts steht die Frage, ob sich die genannten Maßnahmen als für den Zweck geeignet und wirksam erwiesen haben. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob dieser Zweck fortbesteht und die Maßnahmen auch zukünftig notwendig sind. Hierzu hat das BMWi unter anderem eine Anhörung der betroffenen Akteure durchgeführt, deren Ergebnisse in diesen Bericht eingeflossen sind.
2. Hintergrund

2.1 Regelungsbedarf

Die hier zu prüfenden Vorschriften wurden insbesondere eingeführt, um den gestiegenen Bedarf an Redispatch zu adressieren, der sich aus einer erheblichen Auslastung der Nord-Süd-Stromtrassen ergeben hatte.


Um diese Maßnahmen durchführen zu können, benötigen die Übertragungsnetzbetreiber ausreichend sicher verfügbare Erzeugungskapazitäten. Sind hierfür voraussichtlich nicht mehr ausreichend im Markt aktive Kraftwerke in geeigneter Lage vorhanden, müssen die Übertragungsnetzbetreiber die benötigten Kapazitäten in Form von Reservekraftwerken beschaffen. Dies sind noch vorhandene, aber inaktive Kraftwerke, die von den Übertragungsnetzbetreibern in kritischen Situationen eingesetzt werden, um die Sicherheit und Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems zu gewährleisten (BNetzA 2014b).

2.2 Regelungsumfang

Das EnWG und die ResKV sehen Regelungen vor, die sicherstellen sollen, dass den Übertragungsnetzbetreibern ausreichend Kapazitäten für die netzstabilisierenden Maßnahmen zur Verfügung stehen.

Das EnWG sieht vor, dass Stilllegungen von Erzeugungsanlagen mindestens zwölf Monate im Voraus anzukündigen und innerhalb dieser Frist untersagt sind. Anlagen, die zur endgültigen Stilllegung angezeigt wurden, aber für die oben genannten Maßnahmen benötigt werden, können vom systemverantwortlichen Übertragungsnetzbetreiber als systemrelevant ausgewiesen werden. Sofern und soweit die Bundesnetzagentur die Systemrelevanzausweisung genehmigt, erwächst den betreffenden Kraftwerksbetreibern die Pflicht, ihre Erzeugungseinheiten in einem Zustand zu erhalten, der es den systemverantwortlichen Übertragungsnetzbetreibern als systemrelevant ausgewiesen werden. Sofern und soweit die Bundesnetzagentur die Systemrelevanzausweisung genehmigt, erwächst den betreffenden Kraftwerksbetreibern die Pflicht, ihre Erzeugungseinheiten in einem Zustand zu erhalten, der es den systemverantwortlichen Übertragungsnetzbetreibern ermöglicht, die jeweilige Anlage effektiv zu Redispatch-Maßnahmen zu nutzen (§ 13a Abs. 3 Satz 1 EnWG). Auch Anlagen, bezüglich derer lediglich eine geplante vorläufige Stilllegung angezeigt wurde, die aber ebenso für die oben genannten Maßnahmen benötigt werden, müssen sich für Redispatch-Anforderungen betriebsbereit halten und ihre Einspeisung auf Anforderung des

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Anzahl Stunden</td>
</tr>
<tr>
<td>Volumen getätigte Maßnahmen in GWh*</td>
</tr>
<tr>
<td>Gesamtvolumen Redispatch (inkl. Gegengeschäfte in GWh)</td>
</tr>
<tr>
<td>Soldierte Kosten für Redispatch (inkl. Countertrading) in Euro</td>
</tr>
</tbody>
</table>


Quelle: BNetzA
Übertragungsnetzbetreibers anpassen (§ 13 Abs. 1a EnWG). Darüber hinaus können bestimmte Gaskraftwerke als systemrelevant ausgewiesen werden (§ 13c EnWG) und sind dann vom Fernleitungsnetzbetreiber nur nachrangig einschränkbar (§ 16 Abs. 2a EnWG).


3. Wirksamkeit der Maßnahmen

3.1 Bindung von Reservekraftwerken

3.1.1 Gesetzliche Regelungen

Das EnWG sieht vor, dass Betreiber von Anlagen mit einer Leistung ab zehn MW verpflichtet sind, die geplante Stilllegung mindestens zwölf Monate im Voraus beim verantwortlichen Übertragungsnetzbetreiber und der Bundesnetzagentur anzukündigen und es innerhalb dieser Frist zu unterlassen, die betreffende Anlage stillzulegen. Sie haben dabei anzugeben, ob es sich um eine vorläufige oder endgültige Stilllegung handelt. Der jeweils verantwortliche Übertragungsnetzbetreiber prüft sodann, ob die für die endgültige Stilllegung vorgesehene Anlage systemrelevant ist und ihre endgültige Stilllegung daher zu unterbleiben hat. Hält er eine Anlage für systemrelevant, stellt er einen entsprechenden Antrag bei der Bundesnetzagentur, welche die Sach- und Rechtslage prüft und die Ausweisung der Systemrelevanz ggf. genehmigt.


3.1.2 Reservekraftwerksverordnung

Mit der ResKV wurde die bereits zuvor praktizierte Kontrahierung von Reservekraftwerken durch die Übertragungsnetzbetreiber codifiziert und in ein transparentes Verfahren mit bestimmten Fristen überführt. Der Kontrahierung geht eine Bestimmung des Reservebedarfs mittels einer Systemanalyse der Übertragungsnetzbetreiber voraus. Sie berücksichtigt die in der Abbildung 1 dargestellten Risiken für die Systemsicherheit der Übertragungsnetze (siehe S. 8).

Anhand ausgewählter Netznutzungsfälle und mit Hilfe einer Marktmodellierung wird der Reservebedarf ermittelt. Der Redispatch-Bedarf wird zunächst durch Kraftwerke, die am Markt agieren und betriebsbereit gehalten werden, gedeckt. Entsteht eine Differenz zwischen dem Redispatch-Bedarf und den tatsächlich geeigneten, am Markt agierenden Kraftwerken, so resultiert ein Reservebedarf in dieser Höhe. Dieser Reservebedarf wird gedeckt durch a) regional geeignete Kraftwerke, deren Weiterbetrieb nach § 13 Abs. 1a und § 13a EnWG angeordnet wurde und b) durch Kraftwerke, die zusätzlich durch Verträge der Übertragungsnetzbetreiber bereits kontrahiert wurden oder noch kontrahiert werden müssen (BNetzA 2014b). Für die Winter 2013/2014 und ausgewählte weitere Jahre hat die Bundesnetzagentur auf Grundlage der Systemanalyse der Übertragungsnetzbetreiber im Mai 2014 folgenden Reservebedarf bestätigt:

<table>
<thead>
<tr>
<th>Tabelle 2: Prognose Redispatch- und Reservebedarf</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Jahr</td>
</tr>
<tr>
<td>-----------------------</td>
</tr>
<tr>
<td>Winter 2013/2014</td>
</tr>
<tr>
<td>Winter 2014/2015</td>
</tr>
<tr>
<td>Winter 2015/2016</td>
</tr>
<tr>
<td>Winter 2017/2018</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: BNetzA 2014b

### 3.2 Systemrelevante Gaskraftwerke

Die Regelungen § 13c und § 16 Abs. 2a wurden in das Gesetz aufgenommen, um für das Stromnetz vergleichbare Situationen wie den Gasversorgungseingang im Februar 2012 zu vermeiden. Eine vergleichbare Situation kann heute dank der erwähnten Regelungen mit großer Wahr­scheinlichkeit nicht mehr eintreten.
4. Notwendigkeit der Regelungen

4.1 Bindung von Reservekraftwerken

Seit 2011 kontrahieren die Übertragungsnetzbetreiber Reservekraftwerke. In diesem Zeitraum mussten die Anlagen insgesamt selten in Anspruch genommen werden.


Daraus kann jedoch nicht der Schluss gezogen werden, dass die hier überprüften Regelungen nicht mehr benötigt würden. Vielmehr hat die jüngste Systemanalyse der Übertragungsnetzbetreiber aus dem Frühjahr 2014 für die betrachteten Zeiträume bis zum Winter 2017/2018 einen ansteigenden Reservebedarf ergeben. Dies beruht auf mehreren Faktoren:


Entwicklung Kraftwerkspark: In den kommenden Jahren bis zum endgültigen Ausstieg in 2022 werden weitere Kernkraftwerke in Süddeutschland vom Netz gehen (Tabelle 3).

Diese Kraftwerke produzieren gegenwärtig marktgetrieben Strom, so dass sie das Transportaufkommen nach Süddeutschland und damit den Bedarf an Redispatch reduzieren. Ihr Wegfall wird diesen Bedarf erhöhen (vgl. Tabelle 2), insbesondere wenn keine größeren Fortschritte beim Netzausbau erzielt werden sollten.


| Tabelle 3: Kernkraftwerke Süddeutschland mit spätestem Stilllegungsdatum |
| Kernkraftwerk, Leistung in MW (netto) | späteste Stilllegung nach § 7 Abs. 1a AtG |
| Grafenrheinfeld, 1,275 MW | 31.12.2015 |
| Gundremmingen B, 1,284 MW | 31.12.2017 |
| Philippburg 2, 1,402 MW | 31.12.2019 |
| Gundremmingen C, 1,288 MW | 31.12.2021 |
| Isar 2, 1,410 MW | 31.12.2022 |
| Neckarwestheim 2, 1,310 MW | 31.12.2022 |

Quelle: eigene Darstellung, nach Kraftwerksliste, BNetzA 2014d


**Tabelle 4: (Potentiell) gesicherte Reservekraftwerke 2015/2016**

<table>
<thead>
<tr>
<th>Erzeugungsunternehmen</th>
<th>Kraftwerk</th>
<th>Leistung (MW)</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Kraftwerke Mainz-Wiesbaden</td>
<td>KMW 2</td>
<td>335</td>
</tr>
<tr>
<td>Eon Kraftwerke GmbH</td>
<td>Staudinger 4</td>
<td>622</td>
</tr>
<tr>
<td>Eon Kraftwerke GmbH</td>
<td>Irsching 3</td>
<td>415</td>
</tr>
<tr>
<td>Eon Kraftwerke GmbH</td>
<td>Ingolstadt 3</td>
<td>200</td>
</tr>
<tr>
<td>Eon Kraftwerke GmbH</td>
<td>Ingolstadt 4</td>
<td>200</td>
</tr>
<tr>
<td>Kraftwerk Walheim</td>
<td>WAL 1</td>
<td>96</td>
</tr>
<tr>
<td>Kraftwerk Walheim</td>
<td>WAL 2</td>
<td>148</td>
</tr>
<tr>
<td>Dampfkraftwerk Marbach am Neckar</td>
<td>II GT</td>
<td>77</td>
</tr>
<tr>
<td>Dampfkraftwerk Marbach am Neckar</td>
<td>III GT (solo)</td>
<td>85</td>
</tr>
<tr>
<td>Dampfkraftwerk Marbach am Neckar</td>
<td>III DT</td>
<td>262</td>
</tr>
<tr>
<td>Reservekraftwerksleistung in AT</td>
<td>EVN</td>
<td>785</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Summe</strong></td>
<td></td>
<td><strong>3.225</strong></td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: eigene Darstellung, nach BNetzA 2014b

**Tabelle 5: Potentiell gesicherte Reservekraftwerke 2017/2018**

<table>
<thead>
<tr>
<th>Erzeugungsunternehmen</th>
<th>Kraftwerk</th>
<th>Leistung (MW)</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Kraftwerke Mainz-Wiesbaden</td>
<td>KMW 2</td>
<td>335</td>
</tr>
<tr>
<td>Eon Kraftwerke GmbH</td>
<td>Staudinger 4</td>
<td>622</td>
</tr>
<tr>
<td>Eon Kraftwerke GmbH</td>
<td>Irsching 3</td>
<td>415</td>
</tr>
<tr>
<td>Eon Kraftwerke GmbH</td>
<td>Ingolstadt 3</td>
<td>200</td>
</tr>
<tr>
<td>Eon Kraftwerke GmbH</td>
<td>Ingolstadt 4</td>
<td>200</td>
</tr>
<tr>
<td>Kraftwerk Walheim</td>
<td>WAL 1</td>
<td>96</td>
</tr>
<tr>
<td>Kraftwerk Walheim</td>
<td>WAL 2</td>
<td>148</td>
</tr>
<tr>
<td>Dampfkraftwerk Marbach am Neckar</td>
<td>II GT</td>
<td>77</td>
</tr>
<tr>
<td>Dampfkraftwerk Marbach am Neckar</td>
<td>III GT (solo)</td>
<td>85</td>
</tr>
<tr>
<td>Dampfkraftwerk Marbach am Neckar</td>
<td>III DT</td>
<td>262</td>
</tr>
<tr>
<td>EnBW</td>
<td>HLB 6</td>
<td>110</td>
</tr>
<tr>
<td>EnBW</td>
<td>HLB 5</td>
<td>110</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Summe</strong></td>
<td></td>
<td><strong>2.310</strong></td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: eigene Darstellung, nach BNetzA 2014b
4.2 Systemrelevante Gaskraftwerke

Es ist aus Versorgungssicherheitsgründen weiterhin erforderlich, systemrelevante Gaskraftwerke bevorzugt gegenüber anderen Gasverbrauchern, die nicht in den Schutzbereich des § 53a EnWG fallen, zu behandeln. Auf diese Weise kann sichergestellt werden, dass sie im Bedarfsfall verfügbar und einsatzbereit sind. Hierfür ist es sinnvoll, die vor sorgende Regelung nach § 16 Abs. 2a EnWG beizubehalten. Ein systemrelevantes Gaskraftwerk sollte auch in Zukunft in seiner Gasversorgung nicht eingeschränkt werden können, wenn es für die Sicherheit und Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems benötigt wird und der Übertragungsnetzbetreiber bereits alle verfügbaren netz- und marktbezogenen Maßnahmen nach § 13 Absatz 1 EnWG ausgeschöpft hat. Allerdings verlangt § 13 Abs. 2a von den Übertragungsnetzbetreibern, die Auswirkungen auf die Sicherheit und Zuverlässigkeit des Gasversorgungssystems angemessen zu berücksichtigen. Instabilitäten im Stromnetz dürfen sich nicht auf die Systemsicherheit im Gasnetz auswirken. Es ist sachgerecht, dass die Privilegierung des § 16 Abs. 2a EnWG nur in Bezug auf solche Gaskraftwerke zur Anwendung kommt, die von den Übertragungsnetzbetreibern im Sinne von § 13c EnWG als systemrelevant ausgewiesen sind und dies entsprechend von der Bundesnetzagentur genehmigt worden ist.
5. Weiterentwicklung der Regelungen

Auch wenn sich die hier überprüften Regelungen als sinnvoll und notwendig erwiesen haben, hat die Praxis gezeigt, dass an einigen Punkten Verbesserungen denkbar oder sogar nötig sind. Insbesondere haben die Teilnehmer der Anhörung einige Punkte benannt, zu denen Änderungsbedarf sehen. Die wichtigsten sollen im Folgenden kurz dargestellt werden. Es handelt sich dabei nicht um eine vollständige, abschließende oder verbindliche Auflistung. Vielmehr soll sie der Auftakt zu weiterem Austausch sein.

5.1 Befristung


Gleichzeitig zeigen die Schwierigkeiten beim Ausbau der Übertragungsnetze, die Dynamik beim Ausbau erneuerbarer Energien, die Stilllegung von weiteren Kraftwerken in Süddeutschland (insbesondere durch den Kernenergieausstieg bis 2022) sowie der begonnene Prozess zu Leistungsfähigkeit und Weiterentwicklung des Marktdesigns, dass die Stromversorgung in einer Übergangsphase befin-
det. Viele mögliche Entwicklungspfade, sowohl auf Netz- als auch auf Marktseite, müssen zunächst gründlich untersucht und diskutiert werden, bevor es zu tiefgreifenden und dauerhaften Änderungen der Rahmenbedingungen kommen kann.


5.2 Gesetzliche Regelungen

5.2.1 „Fahren auf Verschleiß“

§ 13a Abs. 1 S. 2 EnWG sieht vor, dass vorläufige und endgültige Stilllegungen ohne vorherige Anzeige und vor Ablauf der zwölfmonatigen Anzeigefrist verboten sind, wenn ein Weiterbetrieb technisch und rechtlich möglich ist. Es ist zu prüfen, ob die Regelung sinnvoll so gestaltet werden kann und soll, dass die Möglichkeit des Weiterbetriebs nicht durch unzureichende Wartung ausgeschlossen wird.

5.2.2 Anwendung von §§ 13a und 13c EnWG auf Verteilernetzbetreiber


Auch auf Verteilernetzebene kann eine Verringerung des Redispatch-Potentials durch Kraftwerkstilllegungen die Sicherheit und Zuverlässigkeit der Elektrizitätsversorgung gefährden. Während Verteilernetzbetreiber für vorläufige Stilllegungen auf § 13 Abs. 1a und 1b EnWG zurückgreifen können, ist die Situation bei endgültigen Stilllegungen schwieriger. § 13a EnWG sieht die Ausweisung und Genehmigung der Systemrelevanz eines Kraftwerks als Voraussetzung für die Untersagung der endgültigen Kraftwerkstilllegung seinem Wortlaut nach nur vor, wenn die Anlage aus der Perspektive des Übertragungsnetzbetreibers zur Aufrechterhaltung der sicheren und zuverlässigen Elektrizitätsversorgung erforderlich ist. Eine Prüfung durch den Verteilernetzbetreiber ist nicht vorgesehen. Allerdings kann aus Perspektive des Verteilernetzbetreibers eine Anlage in Bezug auf das Verteilernetz systemrelevant sein. Es erscheint daher sinnvoll, klarzustellen, dass auch Verteilernetzbetreiber ermächtigt werden, Anlagen auf Systemrelevanz zu prüfen und entsprechend auszuweisen.
Nach § 13c Abs. 1 S. 1 EnWG können Übertragungsnetzbetreiber ein Gaskraftwerk als systemrelevant ausweisen, soweit eine Einschränkung der Gasversorgung dieser Anlage mit hinreichender Wahrscheinlichkeit der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems stört oder gefährdet. Die gleiche Befugnis erscheint auch für Verteilernetzbetreiber sinnvoll, wenn die betroffene Anlage für das Verteilernetz systemrelevant ist. Auf diese Weise könnte die Versorgung eines für das Verteilernetz systemrelevanten Gaskraftwerkes sichergestellt und so die Versorgungssicherheit im jeweiligen Netzgebiet gewährleistet werden.

5.2.3 Ausweisung der Systemrelevanz flexibilisieren


Auch von Seiten der Anlagenbetreiber wurde angemerkt, dass eine längere Ausweisung und damit verbundene längere Bindung als Reservekraftwerk vorteilhaft für die Planungssicherheit (Instandhaltung, Personal, Ressourcen) sei. Es scheint daher sinnvoll, die Regelung dahingehend zu flexibilisieren, dass im Einvernehmen aller Beteiligten die Systemrelevanz auch für längere Zeiträume ausgewiesen werden kann.

Eine entsprechende Flexibilisierung wäre analog zu § 13a EnWG auch im Rahmen des § 13c EnWG zu prüfen.

5.3 Reservekraftwerksverordnung

5.3.1 Betrachtungshorizont der Systemanalysen


5.3.2 Verfahren Bedarfsfeststellung


5.3.3 Vertragslaufzeiten

Bisher sieht § 5 Abs. 1 S. 2 ResKV vor, dass Verträge für höchstens 24 Monate geschlossen werden. Insoweit besteht ein Gleichlauf mit den Regelungen in §§ 13a und 13c EnWG. Nur in begründeten Ausnahmefällen ist eine längere Vertragslaufzeit zulässig. Um die Planungssicherheit, sowohl für die Anlagenbetreiber als auch für die Übertragungs netzbetreiber, zu erhöhen, erscheint es angebracht die mögliche Vertragslaufzeit zu flexibilisieren und auch längere Laufzeiten zuzulassen.

5.3.4 Neubaubedarf erst nach dem Interessenbekundungsverfahren bestimmen

5.4 Ausblick

Die beschriebenen Maßnahmen sind als Übergangsinstrumente konzipiert. Während die volkswirtschaftlich langfristig sinnvollste Lösung nicht ohne einen weiteren deutlichen Netzausbau funktionieren wird, können möglicherweise mittelfristig, gegebenenfalls in Ergänzung zur Netzreserve, weitere Maßnahmen erforderlich werden. Hierfür sind vertiefende Analysen für die nächsten Jahre erforderlich.


Die Umsetzung langfristiger Maßnahmen – sowohl was den Netzausbau als auch was das Strommarktdesign angeht – benötigt allerdings Zeit und wird bis nach 2017 in Anspruch nehmen. Dies bedeutet, dass die Maßnahmen in EnWG und ResKV weiterhin als Übergangsinstrument benötigt werden. Und auch bei Fortgeltung dieses Instruments müssen vor- aussichtlich weitere Herausforderungen adressiert werden:

So sind die für den Einsatz ausländischer Reservekraftwerke erforderlichen Netzkuppelkapazitäten nicht in beliebiger Höhe verfügbar. Zudem werden auch im Ausland Kraftwerke endgültig stillgelegt, was gegebenenfalls das verfügbare Redispatch-Potential beeinträchtigen könnte.

6. Quellenverzeichnis

**Bundesnetzagentur 2012**: Bericht zum Zustand der leitungsgebundenen Energieversorgung im Winter 2011/12 (BNetzA 2012)

**Bundesnetzagentur 2013a**: Bericht zum Zustand der leitungsgebundenen Energieversorgung im Winter 2012/13 (BNetzA 2013a)

**Bundesnetzagentur 2013b**: Monitoringbericht gemäß § 63 Abs. 3 i. V. m. § 35 EnWG und § 48 Abs. 3 i. V. m. § 53 Abs. 3 GWB (BNetzA 2013b)

**Bundesnetzagentur 2014a**: Kraftwerksstilllegungsanzeigenliste der Bundesnetzagentur, Stand 23.07.2014, (BNetzA 2014a)
http://www.bundesnetzagentur.de/DE/Sachgebiete/ElektrizitaetundGas/Unternehmen_Institutionen/Versorgungssicherheit/Erzeugungskapazitaeten/KWSAL/KWSAL_node.html


**Bundesnetzagentur 2014c**: Veröffentlichung Zu- und Rückbau, Stand: 16.07.2014 (BNetzA 2014c)

**Bundesnetzagentur 2014d**: Kraftwerksliste, Stand: 16.07.2014 (BNetzA 2014d)

**Bundesnetzagentur 2014e**: EnLAG-Monitoring - Stand zum Ausbau von Energieleitungen nach dem Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) zum ersten Quartal 2014 (BNetzA 2014e)
http://www.netzausbau.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorhaben/EnLAG/EnLAG-Gesamtuebersicht.pdf?__blob=publicationFile

**Übertragungsnetzbetreiber 2013**: Bericht zur Leistungsbilanz 2013 nach § 12 Abs. 4 und 5 EnWG, Stand 30.09.2013 (ÜNB 2013)
http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/-/leistungsbilanzbericht-2013.pdf